

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Ingressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 13. Jänner 1989

Blatt 69

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Wiener Drei-Parteien-Einigung über weitere Vorgangsweise bei Weltausstellungsplanungen (70/FS: 12.1.)
- Stärkere Kontrolle bei der Wohnungsvergabe (71/FS: 12.1.)
- 70. Geburtstag von Kurt Heller (73)
- Zehn Monate vor der Inbetriebnahme: In Meidling werden U 6-Aufgänge gebaut (74)
- Umweltstadtrat Häupl nimmt Stellung zum Bundesabfallwirtschaftsgesetz (75)
- Terminvorschau vom 16. bis 29. Jänner (76)
- Achtung vor dem „Fensterstreich-Schmäh“ bei Haussanierungen! (77)
- Wohnungsvergabe nur mit Vormerkschein (78)
- Stadtrat Dr. Swoboda begrüßt Juryempfehlung zur Roßauer Kaserne (79)

## Kultur:

- Landesarchiv erhielt Material über Dr. Schwarzwald (72)
- „Kontraste“ im Bezirksmuseum Döbling (72)



## **Wiener Drei-Parteien-Einigung über weitere Vorgangswise bei Weltausstellungsplanungen**

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Wie anlässlich der Weltausstellungs-Sondersitzung des Wiener Gemeinderates im Oktober 1988 beschlossen worden war, ist heute, Donnerstag, auf Wiener Ebene das Drei-Parteien-Komitee zur Vorbereitung der geplanten Weltausstellung 1995 unter Vorsitz von amtsführenden Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA zusammengetreten.

Dabei wurde festgelegt, daß vor allen weiteren Verhandlungen des Landes Wien mit dem Bund in diesem Komitee Einvernehmen hergestellt werden muß. Der Bericht über die Gesprächsergebnisse des politischen Lenkungsausschusses auf Bundesebene wurde von den Vertretern der drei im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien grundsätzlich zur Kenntnis genommen, und die Vertreter Wiens wurden beauftragt, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Dabei ist davon auszugehen, daß die vorgesehene Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt werden muß. Gleichzeitig sind die öffentlichen Interessen von Bund, Wien und den anderen Bundesländern durch entsprechende Regelungen ausreichend zu berücksichtigen.

Überdies betonten die Vertreter der drei Parteien, daß die Besetzung der Geschäftsführungsfunktionen ausschließlich nach objektiven Ausschreibungen und Auswahlkriterien zu erfolgen hat. (Schluß) lf/bs

Bereits am 12. Jänner 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Stärkere Kontrolle bei der Wohnungsvergabe**

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Presseaussendung von ÖVP-Gemeinderat Georg FUCHS, wonach der Wohnbaustadtrat „SPÖ-Bonzen“ in der Reihenhaussiedlung Voltelinistraße in Wien-Floridsdorf „schütze“, erklärte Stadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“: „Ich habe bereits gegenüber dem Gemeinderatsausschuß erklärt, daß die Übertragung der Reihenhäuser ins Eigentum der Bewohner aus rechtlichen Gründen nicht erfolgen kann. Nach dem Baurechtsgesetz wäre eine einseitige Auflösung des Baurechtsvertrages mit der Wohnbauvereinigung 'Heimbau' rechtswidrig, und eine einvernehmliche Auflösung aus wirtschaftlichen Gründen für die Stadt Wien unvertretbar. Ein vorzeitiges Erlöschen des Baurechtes hätte zur Folge, daß die Stadt Wien an die 'Heimbau' eine Entschädigung in der Höhe eines Viertels des gesamten Bauwertes der errichteten Häuser zu bezahlen hätte. Ebenso hätte die Stadt Wien sämtliche auf dem Grundstück befindlichen Hypotheken zu übernehmen. Es ist bedauerlich, daß Herr Gemeinderat Fuchs diese Rechts-situation nicht zur Kenntnis nehmen will.“

Edlinger kündigte gleichzeitig eine stärkere Kontrolle bei der künftigen Vergabe von Wohnungen an, die mit öffentlichen Mitteln errichtet oder saniert werden. „Ich werde in Kürze der Öffentlichkeit entsprechende Überlegungen präsentieren, die nicht nur bei Wohnbauvereinigungen, sondern auch bei privaten Hauseigentümern eine stärkere Kontrolle der Wohnungsvergabe vorsehen, wenn Steuergelder für den Bau oder die Sanierung eines Hauses verwendet wurden“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/bs

Bereits am 12. Jänner 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Landesarchiv erhielt Material über Dr. Schwarzwald**

Wien, 13.1. (RK-KULTUR) Durch nahezu 40 Jahre hatte Dr. Eugenia SCHWARZWALD in vielfacher Hinsicht den Wiener Kultur- und Sozialbereich mitgestaltet: als Leiterin ihrer Schulanstalten, Initiatorin von Gemeinschaftsküchen oder Kinderferienaktionen. Viele ihrer Gedanken waren neu und bahnbrechend. Dr. Hans DEICHMANN, der eine umfassende Chronik über das Werk von Eugenia Schwarzwald vorgelegt hat (Leben mit provisorischer Genehmigung. Leben, Werk und Exil von Dr. Eugenia Schwarzwald, 1872 — 1940), hat nun sein gesamtes, jahrelang recherchiertes Material, in das eigene Erinnerungen und jene vieler anderer Zeitzeugen eingeflossen sind, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv zur dauernden Aufbewahrung übergeben. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat Dr. Deichmann den Dank für diese wertvollen Unterlagen ausgesprochen.

Der karitative Ideenreichtum von Dr. Schwarzwald war schier unerschöpflich. So eröffnete sie bald nach der Jahrhundertwende auf dem Franziskanerplatz ein „Mädchen-Lyzeum (6 Klassen) verbunden mit Mädchen-Gymnasialkursen und Fortbildungskursen in Wien“. Und das zu einer Zeit, da Mittelschulbildung für Mädchen keineswegs selbstverständlich war. 1907 war die Schülerzahl bereits auf 500 angestiegen. Dieser Schule folgten weitere, und 1922 wurde daher die „Gesellschaft der Schwarzwaldschen Schulanstalten in Wien“ gegründet. Eine weitere Idee von Frau Schwarzwald wurde am 17. März 1917 verwirklicht: Die erste Gemeinschaftsküche konnte in der Thurngasse, im 9. Bezirk, eröffnet werden. Der „Verein zur Errichtung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen in Wien“ betrieb 1921 schon zwölf Küchen und vier Heime.

Frau Dr. Schwarzwald starb am 7. August 1940 im Schweizer Exil. Ihre Verbitterung über das, was 1938 in Österreich geschah, hat in vielen Briefen an Freunde Ausdruck gefunden. (Schluß) am/gal

## **„Kontraste“ im Bezirksmuseum Döbling**

Wien, 13.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Unter dem Titel „Kontraste“ zeigt das Bezirksmuseum Döbling in der Döblinger Hauptstraße 96 vom 14. bis 29. Jänner Städte-, Landschafts- und Blumenquarelle von Margarete ZIMMERMANN und Scherenschnitte von Helga LAUTH. Die Ausstellung ist Mittwoch und Freitag von 17 bis 19 Uhr, Samstag von 15.30 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr



## 70. Geburtstag von Kurt Heller

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL/SPORT) Kurt HELLER wurde am 14. Jänner 1919 in Wien geboren. Nach dem Besuch des Realgymnasiums wurde er Elektrotechniker und arbeitete zunächst im Konstruktionsbüro einer Wiener Firma. Von 1939 bis 1944 war er eingerückt.

1945 wurde Kurt Heller einer der „Männer der ersten Stunde“. So war er unter anderem dabei, als am 14. April 1945 im Roten Salon des Wiener Rathauses die SPÖ (neu-) begründet wurde. In der Folge stellte er seine volle Kraft dem Wiederaufbau Wiens zur Verfügung. Er war zunächst Gruppenleiter in der MA 50, bis er von 1951 bis 1956 als Sekretär des amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen Leopold Thaller tätig war.

1956 wurde er Sekretär des Österreichischen Städtebundes und 1957 dessen Generalsekretär. Ein Jahr später wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt und gleichzeitig amtsführender Stadtrat für Bauangelegenheiten. Nach der Teilung des Ressorts übernahm er den Bereich „Bauangelegenheiten“, und nach einer weiteren Änderung war er von 1969 bis 1973 amtsführender Stadtrat für die Gruppe Tiefbau.

1973 übernahm er die Geschäftsgruppe „Personal und allgemeine Verwaltung“, von 1976 bis 1979 war sein Aufgabenbereich „Personal und Sport“. Anschließend übte er bis 1987 die Funktion eines Abgeordneten zum Bundesrat aus.

Eine weit über Wien hinausreichende Popularität erlangte Kurt Heller seit 1973 als Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees. Seitdem füllt er diese Funktion mit großem Organisationsgeschick, diplomatischem Feingefühl und sportlicher Fairneß aus.

Heller hat für seine vielfältigen Leistungen zahlreiche Ehrungen erhalten: 1965 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, 1966 das Große Goldene Ehrenzeichen des Verbandes der gemeinnützigen Baugenossenschaften, 1970 das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien, 1977 einen hohen päpstlichen Orden, Komturkreuz des Gregorius-Ordens mit dem Stern, und 1978 das Goldene BÖFL-Ehrenzeichen. (Schluß) red/bs



## **Zehn Monate vor der Inbetriebnahme: In Meidling werden U 6-Aufgänge gebaut**

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Die U-Bahn-Maulwürfe haben sich an die Oberfläche durchgegraben: Aufmerksame Beobachter können derzeit in verschiedenen Bereichen in Meidling vor allem die Stahlbauarbeiten an den Auf- beziehungsweise Abgangsüberdachungen der zukünftigen Stationen der U 6 beobachten.

Die Linie U 6 wird in zehn Monaten ihren Betrieb aufnehmen. Im 12. Bezirk wurden drei neue Stationen errichtet: Im Bereich der Kreuzungen Schönbrunner Straße/Längenfeldgasse und Niederhofstraße/Vivenotgasse sowie im Bereich Eichenstraße/Wilhelmstraße beziehungsweise am Schedifkaplatz.

Die Linie U 6 wird sich farblich von den anderen U-Bahn-Linien unterscheiden. Als Leit- und Erkennungsfarbe wurde braun gewählt. Die Zu- und Abgänge werden jedoch grün gestrichen, um den engen Zusammenhang mit der von Otto Wagner errichteten Gürtelstammstrecke zu dokumentieren. In diesem Sinne werden auch viele keramische Materialien im Zuge der Stationsausgestaltung Verwendung finden.

Die Linie U 6 ist zirka zehn Kilometer lang und hat nach einer Baudauer von rund sechs Jahren sechs Milliarden Schilling gekostet. (Schluß) roh/rr



## **Umweltstadtrat Häupl nimmt Stellung zum Bundesabfallwirtschaftsgesetz**

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL erklärte am Freitag in einer Stellungnahme zur Vorlage des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, daß dies grundsätzlich ein wertvoller Diskussionsbeitrag sei, der aber in Teilbereichen noch unausgegoren sei und vage Formulierungen enthalte. Beispielsweise sei es im Rahmen der Kooperation mit der Wirtschaft zu wenig, für ein bundesweites Abfallwirtschaftskonzept nur Regelungen mit der Wirtschaft anzustreben. So sollte z.B. die Einführung eines Pfandsystems nicht einseitig von der Wirtschaft abhängig gemacht werden und erst dann zum Tragen kommen, wenn andere Regelungen nicht mehr greifen. Vielmehr sollte ein Pfandsystem, z.B für PET-Flaschen, aber darüber hinaus für alle Einweggebinde, als eine der ersten Maßnahmen im Sinne des Vorsorgeprinzips ergriffen werden. Diese Vorsorge stelle sicher, daß Belastungen für die Umwelt nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen. Prinzipiell sei der Abfallvermeidungsbereich in der Gesetzesvorlage zu unverbindlich gehalten, erläuterte Häupl weiter. Eine Produktionslenkung durch eine ökologische Reform des Beschaffungswesens gelte auch für den Bund. Dazu würden keinerlei Aussagen gemacht. Altöle würden nach wie vor getrennt von gefährlichen Sonderabfällen behandelt, wobei es zu widersprüchlichen inhaltlichen Überschneidungen mit dem Altöl-, Sonderabfall- und Chemikaliengesetz komme.

Weiters meinte Häupl, daß Frau Minister Flemming die neugeschaffene Bundesabfallkompetenz auch insofern wahrnehmen sollte, daß der Bundesabfallwirtschaftsplan mit einem verbindlichen Teil von Verordnungsermächtigungen realisiert wird.

Abschließend erklärte Häupl, daß die Aufgaben der Vertreter des Beirates für Abfallwirtschaft im Gesetz definiert werden sollten. Außerdem seien nur drei Ländervertreter vorgesehen, das sei zu wenig.

Trotz dieser Kritikpunkte hoffe er, daß in gemeinsamer Arbeit von Bund und Ländern ein taugliches Bundesabfallwirtschaftsgesetz mit den Prioritäten Abfallvermeidung, Abfallverringerung und Wiederverwertung erstellt werden könne, schloß Häupl. (Schluß) du/bs



## Terminvorschau vom 16. bis 29. Jänner

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 16. bis 29. Jänner hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### MONTAG, 16. JÄNNER:

10.30 Uhr, Presseführung StR. Pasterk „Fotovision — Fotografie nach 150 Jahren“ (Messepalast, Eingang Staatsratshof, Hallen G, G1, G2)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

### DIENSTAG, 17. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

### MITTWOCH, 18. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Brückenbauprogramm 1989“ (PID)

14.00 Uhr, Festakt „40 Jahre Wiener Stadtwerke“, Bgm. Zilk, StR. Hatzl (Rathaus, Festsaal)

### DONNERSTAG, 19. JÄNNER:

9.00 Uhr, Enquete Jugendamt: Die Entwicklung von Wertvorstellungen in der frühen Kindheit/Vbgm. Smejkal (Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Wien — medizinisches Zentrum Österreichs“ (PID)

### FREITAG, 20. JÄNNER:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger/StR. Swoboda „Wohnungsbedarfsprognose 2000“ (PID)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an Dkfm. Dr. Marius Mautner-Markhof und Demeter Stefanovits-Pandur (Steiner Saal, Rathaus)

### MONTAG, 23. JÄNNER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

### DIENSTAG, 24. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

18.30 Uhr, Pressegespräch StR. Hatzl „40 Jahre Wiener Stadtwerke“

### MITTWOCH, 25. JÄNNER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Doz. Dr. Friedrich Weyermüller (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz BM Löschnak und StR. Stacher „Krebsaktion“

### FREITAG, 27. JÄNNER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

### SONNTAG, 29. JÄNNER:

Familiensonntag  
(Schluß) red/gal



## **Achtung vor dem „Fensterstreich-Schmäh“ bei Haussanierungen!**

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Mit einem neuen Schmäh scheinen Unbekannte bei Wohnhaussanierungen zu arbeiten. Wenn im Rahmen solcher Arbeiten plötzlich Unbekannte auftauchen, anbieten, die Innenfenster zu streichen und dafür gleich eine Anzahlung kassieren, sollte man jedenfalls die Finger und die Brieftasche davon lassen. Im 2. Bezirk gehen derzeit nämlich Männer mit dem entsprechenden Angebot um, kassieren und verschwinden ohne Gegenleistung.

Dabei werden Wohnhausanlagen ausgesucht, die saniert werden, bei denen aber im Rahmen der Sanierung nur die Außenfenster gestrichen werden. Den Mietern wird angeboten, daß man ihnen die Innenfenster, weil man schon im Haus sei, „besonders günstig“, etwa um 900 statt 1.200 Schilling pro Fenster, streiche. Und damit auch alles gleich fixiert wird, kassieren die Betrüger eine Anzahlung, stellen eine formlose Bestätigung ohne Firmenkopf oder ähnliches aus, kassieren und verschwinden. In einem Fall wurden tausend Schilling Anzahlung geleistet, ohne daß eine Leistung erbracht wurde.

Marktamt und Gewerbebehörde empfehlen daher, mit solchen Arbeiten nur vertrauenswürdige Firmen oder Handwerker zu beschäftigen, keinesfalls aber an der Haustür eine Akontozahlung zu leisten. Denn handelt es sich um einen Betrüger, dann verschwindet er mit dem Geld spurlos. Die Fenster aber bleiben ungestrichen. Und übrigens ist nach der Gewerbeordnung das Sammeln von Aufträgen „im Umherziehen“ nicht erlaubt.  
(Schluß) hrs/bs



## **Wohnungsvergabe nur mit Vormerkschein**

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) „Die Vergabe städtischer Wohnungen erfolgt grundsätzlich nach sozialen Gesichtspunkten. Und ich nehme für mich in Anspruch, in den letzten beiden Jahren sehr viel für eine Objektivierung der Vergabe von Gemeindewohnungen getan zu haben“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Zu den Forderungen von ÖVP-Gemeinderat FUCHS erklärte Edlinger, daß für die Erlangung einer Gemeindewohnung grundsätzlich ein „Vormerkschein“ erforderlich ist. Dadurch werden eindeutige Voraussetzungen für die Zuweisung einer Gemeindewohnung (Staatsbürgerschaft, bestimmtes Einkommen, ein Jahr Wohnsitz in Wien sowie Überbelag, Gesundheitsschädlichkeit der Wohnung usw.) festgelegt, die, so Edlinger, „de facto bereits einem Punktesystem entsprechen“. Trotzdem könne auch das beste Punktesystem besondere Einzelschicksale wie Unfall oder plötzliche Krankheit nicht erfassen. Daher wurden bereits 1985 dezentrale Wohnungskommissionen unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen geschaffen, die Empfehlungen für Wohnungsvergaben geben. „Im übrigen würde der Vorschlag von Gemeinderat Fuchs zur Folge haben, daß kein Wohnungssuchender mehr in einen anderen Bezirk umziehen könnte, weil eine Wohnungsvergabe nur mehr innerhalb des Bezirks möglich wäre. Und eine Koordinierung zwischen den Bezirken mit mehr oder weniger Wohnungssuchenden bzw. mehr oder weniger freien Wohnungen wäre erst wieder durch eine zentrale Stelle zu erbringen“, schloß Edlinger. (Schluß)  
ah/rr



## **Stadtrat Dr. Swoboda begrüßt Juryempfehlung zur Roßauer Kaserne**

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA begrüßte heute, Freitag, das Ergebnis des Gutachterverfahrens zur Roßauer Kaserne, das er als äußerst positiven Ansatz für die weitere Nutzung dieses städtebaulichen wertvollen Areals bezeichnete. Swoboda hob insbesondere hervor, daß sowohl die Teilnehmer als auch die Jury des Gutachterverfahrens den städtischen Interessen nach einer guten Durchmischung und Öffnung dieser bisher barriereartig wirkenden Kasernenanlage entsprochen haben.

„Dieses Zwischenergebnis ist vor allem deshalb im positiven Sinne bemerkenswert, weil es richtungweisend für die weitere Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Bund bei der Lösung ähnlicher anstehender städtebaulicher Probleme wie z.B. Messepalast und Altes AKH sein kann. Ich hoffe im Interesse der Stadt, daß mit der Juryempfehlung nunmehr auch die Diskussion über eine überwiegend militärische Nutzung der Roßauer Kaserne ein Ende gefunden hat“, schloß Swoboda. (Schluß) lf/bs